

dpa: vom 14.08.2015

Kommunal финанzen: NRW verliert im Bundesvergleich weiter an Boden

Die Konjunktur brummt, die Zinsen sind niedrig. Trotz dieser positiven Vorzeichen kommen viele Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nicht raus aus der Schuldenspirale. Experten machen Struktur-Probleme dafür verantwortlich.

Gütersloh (dpa/Inw) - Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen verlieren im bundesweiten Finanzvergleich weiter an Boden. Das geht aus einer am Freitag veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung hervor. Dem kommunalen Finanzvergleich zufolge verbuchten die NRW-Städte 2014 insgesamt ein Haushaltsdefizit von über 1,5 Milliarden Euro. In den beiden Jahren zuvor waren die Kommunalbilanzen in der Summe noch fast ausgeglichen.

Bei den Kassenkrediten, vergleichbar mit den Dispokrediten in Privathaushalten, steht damit jeder zweite Euro in Deutschland in den Bilanzen von Städten und Gemeinden aus NRW. Die Kommunen in Bayern verbuchten dagegen 2014 einen Überschuss von fast 1,5 Milliarden Euro.

Sorgenkinder bleiben die Städte Essen, Duisburg, Wuppertal, Oberhausen, Dortmund, Hagen, Mönchengladbach, Gelsenkirchen, Mülheim und Bochum. 12,5 von insgesamt 26,5 Milliarden Euro an Kassenkrediten in Nordrhein-Westfalen entfallen allein auf diese Städte. Nur der Kreis Gütersloh kam im vergangenen Jahr ohne dieses Finanz-Instrument aus. Allein die Stadt Essen muss mit 2,2 Milliarden Euro viermal mehr Kassenkredite bedienen als alle Kommunen in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen zusammen.

Den Hauptgrund für die Misere sehen die Experten der Bertelsmann-Stiftung in hohen Ausgaben für Hartz-IV-Wohnkosten. Die fallen vor allem in steuerschwachen Kommunen an. Die Stiftung forderte eine Übernahme durch den Bund. Positiv bewertet der Kommunale Finanzreport den Stärkungspakt des Landes NRW. Dessen Finanzierungsanteil sei im Vergleich zu den Programmen anderer Bundesländer hoch. Gegen harte Auflagen fließen an die 57 teilnehmenden Kommunen jährlich zusätzliche Mittel aus dem Länderhaushalt.

«Für die Städte bedeutet das schmerzhaft Maßnahmen, aber angesichts guter Konjunktur und niedriger Zinsen ist das Zeitfenster für die Sanierung günstig», sagt Kirsten Witte von der Bertelsmann-Stiftung. «Der Stärkungspakt allein kann die Probleme nicht lösen. Wenn die notleidenden Kommunen nicht dauerhaft abgehängt werden sollen, müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam einen Aufholprozess ermöglichen», sagt die Expertin. «Für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist diese Entwicklung bedrohlich. Die Unterschiede zwischen den Regionen werden fortgeschrieben», sagt Witte.

Der Landkreistag NRW bescheinigt den kommunalen Finanzen eine desaströse Schieflage. «Es ist alarmierend, dass in Nordrhein-Westfalen neben Mecklenburg-Vorpommern der geringste Selbstbestimmungsgrad bei den kommunalen Ausgaben verbleibt», sagte Hauptgeschäftsführer Martin Klein laut Mitteilung. Die Übernahme der Hartz-IV-Wohnkosten durch den Bund hält Klein nur für bedingt geeignet. Hier würden die Kosten aktuell wegen der guten Arbeitsmarktsituation stagnieren. «Viel größere Sorgen haben wir hinsichtlich der enormen Kostensteigerungen für andere Sozialleistungen wie Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Hier ist zumindest ein Einstieg in die Kostentlastung der Kommunen noch erheblich wichtiger», sagte Klein.

Die CDU im Düsseldorfer Landtag warf Innenminister Ralf Jäger (SPD) Scheitern bei der Konsolidierung der Kommunalfinanzen vor. «Die Landesregierung bürdet den Kommunen in ihrer schwierigen Finanzlage weitere Aufgaben auf, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen», sagte der stellvertretende Fraktionschef André Kuper laut Mitteilung.

Datenbasis für den Finanzreport sind amtliche Statistiken aller 398 kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland. Der Report entsteht in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin.